

Gesunde kommunale Zukunft statt Panikmache



Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für einen Teilverkauf der HSK an die Rhön Klinikum AG ist das **Bürgerbegehren** für eine kommunale HSK unsere einzige Chance, um den Ausverkauf zu stoppen.

Seit Tagen sammeln fleißige Helferinnen und Helfer auf Straßen und Plätzen, in Betrieben, Vereinen und Bekanntenkreis Unterschriften. Das Echo ist groß.

Auch die aktuelle Meldung über einen Abbau von 500 Arbeitsplätzen am Rhön-Uniklinikum Gießen-Marburg bestärkt uns in der Überzeugung: Die HSK darf nicht in die Hände der Rhön Klinikum AG oder anderer privater Klinikkonzerne geraten. Gesundheit ist keine Ware.

Unser Bürgerbegehren listet handfeste **Argumente, Begründungen und Finanzierungsvorschläge** auf. Es muss endlich transparent gemacht werden, wie die gemeldeten Kreditverpflichtungen und finanziellen Probleme der HSK entstanden sind. Auch wenn die Initiatoren des Bürgerbegehrens diese Altlasten nicht zu vertreten haben, beschreiben wir in der Begründung und im Kostendeckungsvorschlag unseres Bürgerbegehrens realisierbare Alternativen für einen „Rettungsschirm“ und eine gesunde kommunale Zukunft der HSK. Das Krankenhaus arbeitet im laufenden Betrieb kostendeckend. Eine Entschuldung kann den dauerhaften Bestand der HSK als kommunale Klinik sichern. Die Befürworter der Privatisierung hingegen versuchen es jetzt mit Panikmache.

Dies ist auch dem ehemaligen Klinikdezernenten und Oberbürgermeister Achim Exner aufgefallen:

„Wenn jetzt aus dem Rathaus zu hören ist, ohne eine Beteiligung (korrekter: Übernahme) der Rhön-Klinikum AG werde man zum 1. April Insolvenz anmelden müssen, dann ist das lediglich der leicht zu durchschauende Versuch, Mitarbeiter und Patienten von der Beteiligung am Bürgerbegehren abzuhalten.“ (siehe Rückseite).

Tatsache ist: Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich schon im Jahr 2011 in einer Garantieerklärung bis zum 30.06.2012 dazu verpflichtet, für die Liquidität des Krankenhauses zu sorgen.

Darüber hinaus ist ein Insolvenzrisiko schon deswegen nicht gegeben, weil die Stadt eine generelle **Betreiberpflicht** für das Krankenhaus hat, die sich aus §3 des Hessischen Krankenhausgesetzes (HKHG) ergibt. Dort heißt es:

„(1) Die Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser ist eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte....“

Stadt und Land stehen also in der Pflicht, eine Insolvenz abzuwenden und die Versorgung sicherzustellen. Sie dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen und müssen endlich ihrem gesetzlichen Auftrag zur Krankenhausfinanzierung und -sicherung nachkommen.

Mit einer Übernahme der HSK durch die Rhön Klinikum AG kämen die Beschäftigten vom Regen in die Traufe. Nach einer kurzen Schamfrist wären unter dem Druck der Rhön-Aktionäre ein massiver Arbeitsplatzabbau und eine weitere Leistungsverdichtung unvermeidlich. Dies müssen und wollen wir mit dem Bürgerbegehren verhindern.

Was spricht also dagegen, dass die Stadt unsere Vorschläge rasch aufgreift und umsetzt? Was spricht dagegen, dass die Stadt darüber hinaus die Möglichkeit einer Umwandlung der HSK in einen Eigenbetrieb prüft? Dies wäre auch der beste Schutz vor einem drohenden Ausverkauf. Es ist kein Zufall, dass sich in Dresden Ende Januar 2012 eine große Mehrheit in einem Bürgerentscheid dafür ausgesprochen hat, dass zwei kommunale Kliniken städtische Eigenbetriebe bleiben und nicht in eine GmbH umgewandelt werden.

Wiesbaden, 4. März 2012

>>>>>>>>>>>>>>>

Folgen des Verkaufs der Unikliniken Gießen-Marburg an die Rhön AG

Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Marburger Bürgerinitiative NotRuf 113

- Donnerstag, 15. März 2012
- 19.30 Uhr
- Georg-Buch-Haus
- Wellritzstraße 38 a
Wiesbaden

www.notruf113.org
www.hsk-pro-kommunal.de

Wiesbadens Ex-OB Achim Exner unterstützt das Bürgerbegehren für eine kommunale HSK



Wir veröffentlichen nachfolgend im Wortlaut den Brief des früheren Wiesbadener Klinikdezernenten und Oberbürgermeisters Achim Exner (SPD) an den Sprecher des Aktionsbündnisses für eine kommunale HSK.

Sehr geehrter Herr Dr. Forßbohm,

ich wünsche Ihnen und Ihren Mitstreitern viel Erfolg beim Bürgerbegehren für eine kommunale HSK. Ich bin wie auch vor noch nicht allzu langer Zeit Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller immer noch überzeugt, dass die Wiesbadener Kliniken im Eigentum der Bürger dieser Stadt bleiben müssen. Als Krankenhaus der Maximalversorgung bieten sie seit 30 Jahren am Standort Freudenberg erstklassige medizinische Dienstleistungen. Hochqualifizierte Chefarzte – erst kürzlich im FOCUS-Ranking eindrucksvoll bestätigt – und leistungsbereite engagierte Mitarbeiter sichern eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung.

Kein Wunder, dass sich private Klinikkonzerne um eine Übernahme oder Beteiligung an diesem Haus beworben haben. Selbst die hohe Verschuldung hat sie nicht abgeschreckt, eine Beweis für das Potential der HSK.

Wenn jetzt aus dem Rathaus zu hören ist, ohne eine Beteiligung (korrekter: Übernahme) der Rhön-Klinikum AG werde man zum 1. April Insolvenz anmelden müssen, dann ist das lediglich der leicht zu durchschauende Versuch Mitarbeiter und Patienten von der Beteiligung am Bürgerbegehren abzuhalten.

Die Stadt Wiesbaden kann nicht nur die Insolvenz abwenden, sie ist dazu auch verpflichtet. Schließlich hat sie Jahre lang durch den obersten Finanzkontrolleur Dr. Müller und den Aufsichtsratsvorsitzenden Bendel die Entwicklung nicht nur weitgehend tatenlos hingenommen, sondern, auch die in einem von der Stadt beauftragten Gutachten festgestellten Mängel in der Geschäftsführung, statt mit der Trennung von der selben mit der Verlängerung der hoch dotierten Verträge beantwortet.

Der Verkauf wesentlicher Anteile an der Klinik und die Überlassung des Geschäftsbetriebes einer privaten AG ist nichts anders als die Flucht vor der eigenen Verantwortung. Wäre die HSK eine Bank wäre sie längst mit Steuermitteln gerettet.

Übrigens ist die Finanzierung aus Steuermitteln der als wichtig erachteten städtischen Unternehmen nichts Ungewöhnliches. ESWE Verkehr er-

hält jährlich Millionenzahlungen um Defizite auszugleichen. Das gleiche gilt für die Bäderbetriebe. Auch Kurhaus und Rhein-Main-Hallen sind ohne städtische Aufwendungen für Neubau oder Modernisierung nicht lebensfähig und die zweistelligen Millionenbeträge fürs Staatstheater sind sogar per Vertrag geregelt.

Natürlich spricht nichts gegen das Prinzip der wirtschaftlichen Betriebsführung auch im Gesundheitswesen. Dies gilt sowohl für eine kommunales wie ein privates Krankenhaus. Aber um seine Aktionäre bei Laune zu halten, muss jede private Klinik AG nicht nur das Prinzip der Wirtschaftlichkeit sondern auch das der Gewinnmaximierung beachten. Und das bedeutet nicht nur Verbesserung der Betriebsabläufe und die Sicherung künftiger Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch Personalabbau und geringere Bezahlung der Mitarbeiter. Und damit die Gefahr einer schlechteren Pflegequalität. Schließlich braucht ein Patient nicht nur Pillen und Spritzen sondern auch Zuspruch und menschliche Zuwendung, die bei verkürzten Personalbudgets weitgehend ausbleiben wird.

Zum Beweis für diese Behauptungen bedarf es nur einen Blick auf die ebenfalls von der Rhön-Klinik AG übernommenen Unikliniken Marburg und Gießen. Am Wochenende hat dort die private Geschäftsführung wegen des „Kostendrucks im Gesundheitssystem“ die Streichung von 500 Stellen angekündigt. Die Betriebsratsvorsitzende des Universitätsklinikum Marburg fühlt sich „verraten und verkauft“. Die NotRuf 113, eine Vereinigung von Ärzten und Patienten des Klinikums, spricht von einer „dramatischen Verschlechterung der Qualität“ der medizinischen Versorgung im von dem Rhön-Klinikum übernommen Universitätsklinikum. Wer sich hautnah über die Folgen von Privatisierung informieren will, braucht nur die aktuelle Situation bei den Asklepios-Kliniken zu beobachten. Um solche Zustände zu verhindern und auch zukünftig die Qualität ärztlicher und pflegerischer Leistungen selbst bestimmen zu können muss die HSK kommunal bleiben.

Deshalb habe ich das Bürgerbegehren unterschrieben – ist auf dem langen Postweg zu Ihnen – und hoffe auf zahlreiche Unterstützer. Vielleicht hilft ja ein Bürgerentscheid, die im Rathaus regierende Koalition wieder auf den Pfad der Tugend zurückzubringen.

Mit freundlichen Grüßen, Achim Exner